

Halbe Stellen machen keinen Sinn

Bildungspolitikerin Michaela Sojka (DIE LINKE) fordert Minister Christoph Matschie zum Wothalten auf

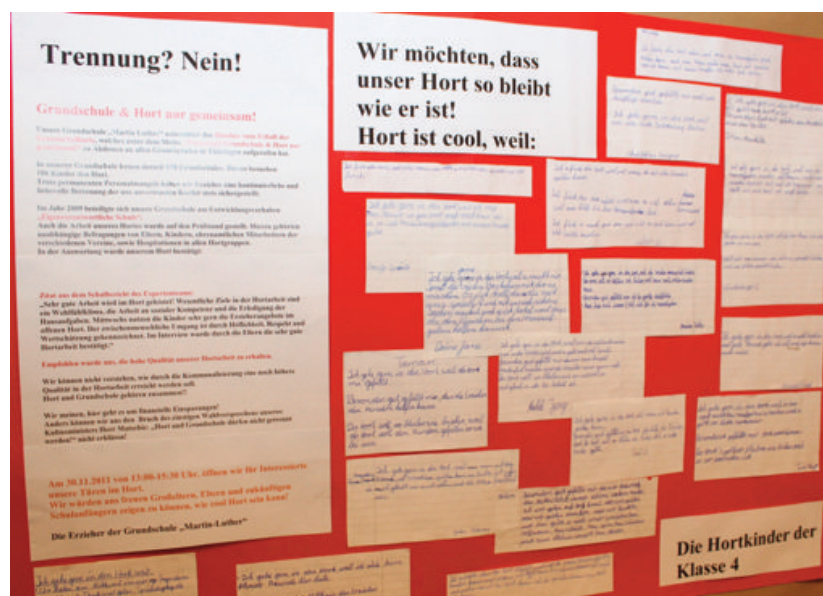
Michaela Sojka, bildungspolitische Sprecherin der LINKEN im Thüringer Landtag, forderte den Bildungsminister und SPD-Landesvorsitzenden Christoph Matschie auf, sich endlich von der geplanten Hortkommunalisierung zu verabschieden.

„Wir bleiben dabei: eine Kommunalisierung der Grundschulhorte ist weder pädagogisch sinnvoll, noch unterstützt dieses Vorhaben die Weiterentwicklung einer inklusiven Thüringer Ganztagsgrundschule“, betonte die Abgeordnete. Sie verwies darauf, dass „nach wie vor und ähnlich wie bei den Kindertagesstätten die Finanzierung nicht abgesichert ist“.

Landkreise, die das Modell der Hortkommunalisierung positiv evaluiert haben, gaben an, dass sie zusätzliches Geld, also mehr als vom Land vorgesehen, dafür aufwenden mussten. Auch daher empfiehlt Michaela Sojka den LINKEN Kommunalvertretern, einer Fortführung dieser Modelle nicht zuzustimmen, denn in den Modellkommunen stehen die Beschlüsse zum „Modell zur Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule“ über die nächsten vier Jahre bis 2016 an. „Der Bildungsminister muss zu seinem Wort stehen und dafür zu sorgen, dass keine Erzieherin schlechter gestellt wird. Das heißt, dass er keine Fünfzig-Prozent-Verträge mehr schließen darf“,

forderte die Abgeordnete und Landratskandidat der LINKEN für das Altenburger Land. Für ungelernte Angestellte würden halbe Stellen in der Entgeltgruppe E5 gerade einmal 750 Euro Brutto bedeuten. „Das ist skandalös. Wenn das Machnig-Ministerium für gute Arbeit gute Löhne fordert, muss das auch für Matschie gelten!“, bezog

sich die Abgeordnete auf Initiativen des Thüringer Wirtschaftsministers Matthias Machnig (SPD). Nicht zuletzt sollte „die Abwahl des Saale-Orla-Landrates, der Vorreiter bei der Umsetzung der Modellhorte war, endlich Anlass zum Nachdenken über einen bildungspolitischen Strategiewechsel in der Grundschulpolitik sein“.



Das Bündnis zum Erhalt der Thüringer Grundschulhorte hatte im Dezember im Landtag in Erfurt mehr als 22.000 Unterschriften an den Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) übergeben und Bilder des Malwettbewerbs „Ich bleibe nach der Schule gern im Hort“ präsentiert.

Archiv-Foto

Großwirtschaft und NSDAP gegen die Demokratie von Weimar

Bildung tut not. Da veröffentlicht eine (auch vorher nicht gerade durch intellektuelle oder sittliche Leistungen auffällige) CDU-Bundestagsabgeordnete als angebliche „Provokation“ die Ansicht, die NSDAP sei eine „linke Partei“ gewesen. Derartiger Unsinn macht leider auch an Parteigrenzen nicht halt: auch auf der Homepage eines Abgeordneten der Linkspartei konnte man zeitweise lesen, „dass die schlimmste Pervertierung des Sozialismus eben mit dem Nationalismus gekoppelt war - Nationalsozialismus.“

Es ist deshalb äußerst verdienstvoll, dass der PapyRossa Verlag in Köln mit der Veröffentlichung des Buches „Kapital, Reichswehr und NSDAP“ von Kurt Gossweiler für quellenbasierte Aufklärung sorgt. Gossweiler ist 1917 geboren und hat als promovierter Historiker bis zu seiner Emeritierung als Wissenschaftler am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR geforscht. Er stammt aus einer kommunistischen Familie, zu deren Freunden Erich Mühsam gehörte. Ab 1934 beteiligt er sich im „Kommunistischen Jugendverband Deutschlands“ an der illegalen Arbeit gegen die Nazis, läuft als Wehrmachtsoldat 1942 zur Roten Armee über, wird Kursant und später Lehrer an einer Antifa-Schule. Als Experte für die Geschichte des deutschen Faschismus greift er in eine internationale Wissenschaftskontroverse ein und weist ge-

meinsam mit Dietrich Eichholtz den Vorstoß des britischen Historikers Tim Mason zurück, der die Politik der Nazis als von den ökonomischen Eliten unabhängig postuliert.

Sein Buch „Kapital, Reichswehr und NSDAP“ ist erstmals 1982 parallel in der DDR und der Bundesrepublik erschienen. Es erschließt – wie der Verlag anlässlich der Neuauflage betont – „ein enormes Quellenmaterial zum sozialen Ursprung und Charakter des deutschen Faschismus, zur Frühgeschichte der NSDAP und zu ihren Verbindungen mit maßgeblichen Kreisen in Wirtschaft, Militär und Politik“.

Gossweiler arbeitet die gemeinsamen Interessen von NSDAP, Großwirtschaft und Reichswehr heraus, später umgesetzt in massiver Aufrüstung, die im Zweiten Weltkrieg als einem rassenideologischen Vernichtungskrieg kulminiert. Alle Phantastereien von der angeblich „linken NSDAP“ und ihrem „Sozialismus“ lösen sich in nichts auf.

Stattdessen wird klar: der Kampf der Großindustrie, bei der man sich mit der NSDAP verbündete, richtete sich gegen die Reste der Sozialpolitik in der Endphase der Weimarer Republik. Das Kapital setzte auf staatliche Sparmaßnahmen, auf Steuererleichterungen für die Industrie, auf die Beseitigung der Tarifverträge und den Rückbau der Arbeitslosenversicherung. Der „autoritäre Staat“, den die Großwirtschaft im Bunde mit den Nazis zur Lösung der

ökonomischen Krise wollte, war schon in seiner Konzeption gegen die Arbeiter und deren Parteien gerichtet. Hitler hatte vor Industriellen den Kampf gegen Demokratie und Bolschewismus angekündigt – das fand deren Beifall. Die Großwirtschaft, das macht Gossweiler deutlich, spielte eine immanente Rolle bei der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie von Weimar.

Stefan Wogawa

Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP. Die Frühgeschichte - 1919 bis 1924, PapyRossa Verlag Köln 2011, 471 S., EUR 28,00, ISBN 978-3-89438-455-5

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.



„Extremismus“ inflationär

Ein Begriff macht seit Wochen inflationär die Runde in Zeitungen, Talkshows und Parlamentsdebatten: der „Extremismus“. Natürlich besteht ein Zusammenhang mit der Terrorserie der NSU. „Das Bundeskriminalamt (BKA) fordert mehr Personal für die Ermittlungen zur rechts-extremen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)“, schreibt aktuell Focus Online.

Doch es sind nicht nur die Taten der braunen Mörder- und Räuberbande, die zur Konjunktur führen. Es ist auch die Bespitzelung von Abgeordneten der Linkspartei durch den Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“: „Es besteht Konsens darüber, dass extremistische Aktivitäten vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden dürfen und auch müssen“, zitiert die Tageschau dazu den parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann. Der „Konsens“ bezieht sich auf ähnliche Statements von Politikern aus CDU und CSU.

Das dubiose Kriterium „Extremismus“, eingeführt 1973 vom „Verfassungsschutz“, umfasst also aus Sicht seiner Apologeten auf der einen Seite Angehörige einer mutmaßlichen Terrorbande, vielfacher schwerster Verbrechen verdächtig, andererseits frei gewählte Abgeordnete des Bundestages, denen man nebulös „Bestrebungen“ unterstellt. Wo soll der Sinn solcher Subsumierungen liegen? Er liegt im Interesse eines Parteienkartells, das aus Eigennutz die linke Konkurrenz diffamiert. Er liegt im Interesse eines Zitierkartells von Politologen (meist mit besten Beziehungen zum „Verfassungsschutz“), die Deutungsheute anstreben. „Extremismus“ ist ein politischer Kampfbegriff, der Sachverhalte vernebelt. Bei den Terroristen der NSU, bei braunen „Kameradschaften“ und der NPD sollte man von Neonazis sprechen.